

Beschluss

Voller Schutz der Beschäftigten – auch in kirchlichen Einrichtungen Ein Arbeitsrecht für Alle

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Wir Grüne fordern für die Beschäftigten der Kirchen und kirchlicher Einrichtungen
- 2 Gleichbehandlung im Arbeitsrecht mit allen anderen Arbeitnehmer*innen. Das individuelle und
- 3 das kollektive kirchliche Arbeitsrecht müssen dringend und umfassend reformiert werden.
- 4 Anstelle innerkirchlicher Regelungen muss der Staat seiner Verantwortung als Gesetzgeber
- 5 gerecht werden.
- 6 Die Ausnahmeregelungen zu Lasten der Beschäftigten im Betriebsverfassungsgesetz und im
- 7 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sind nicht akzeptabel. Wir fordern, dass die Verweigerung
- 8 des Schutzes der Beschäftigten kirchlicher Einrichtungen durch das Betriebsverfassungsgesetz
- 9 in § 118 Abs. 2 BetrVG und durch Personalvertretungsgesetze beendet wird.
- 10 Die gewerkschaftliche Mitbestimmung muss umfassend gefördert werden.
- 11 Der religiöse Verkündigungsbereich bleibt von den Neuregelungen unberührt.
- 12 Die Rechte der Beschäftigten müssen auch in Hinsicht auf die Zulässigkeit von Arbeitskämpfen
- 13 und Flächentarifverträgen gestärkt werden.
- 14 Wir stellen fest: in der bisherigen Regierungszeit sind keine substantiellen Initiativen der
- 15 Koalition auf diesem Gebiet erkennbar. Das kann im Interesse der Beschäftigten nicht weiter
- 16 hingenommen werden.
- 17 Dieses bedeutende Reformthema darf nicht wegen anderer wichtiger Themen: Ukrainekrieg,
- 18 Ökologische Modernisierung, Sicherung der Energiebelieferung mit sozialer Abfederung
- 19 zurückgestellt werden.
- 20 Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass es den drei Koalitionsparteien am nötigen
- 21 Reformwillen zum kirchlichen Arbeitsrecht fehlt und sie vor einer Reform von
- 22 Betriebsverfassungsgesetz und Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz zurückscheuen.
- 23 Wir erwarten von der grünen Bundestagsfraktion, dass sie sich mit Nachdruck und im Gespräch
- 24 mit den Arbeitnehmer*innen, Gewerkschaften und Kirchen für die Umsetzung der Gleichstellung
- 25 aller Arbeitnehmer*innen einsetzt und das im Koalitionsvertrag mit SPD und FDP gemachte
- 26 Reformversprechen einlöst.